

Ende der Krötenwanderung? Von Fritz W. Peter

Nichts ist zu sagen gegen einen bewussten Umgang mit den natürlichen Ressourcen einschließlich der Rücksichtnahme auf die Tier- und Pflanzenwelt. **Alles** jedoch spricht gegen Versuche, Deutschland als wirtschaftlichen Standort und als politisches Gemeinwesen zu einem Biotop inmitten Europas und der Welt machen zu wollen.

Nicht das eine oder andere grüne Projekt (sei es ein kleines Biotop oder ein großer Windpark), sondern der (rot-)grüne Isolationismus inmitten einer realen Welt, die Idee, eine Insel-Existenz am Maßstab eigener Wunschvorstellungen führen zu können, verdient es, im politischen Wahlgang abgestraft zu werden. Das ist geschehen.

Nicht die Harmonisierung der Interessen von Mensch und Natur, von Ökonomie und Ökologie, beschreiben das Ergebnis rotgrüner Politik, sondern die Verselbständigung und Vereinseitigung dieser Idee, so dass daraus eine Ideologie wurde, die eine wuchernde Bürokratie schuf, mentale Blockaden förderte und sich als Wachstumsbremse (siehe Wirtschaft und Arbeitsplätze) und als Fortschrittsbremse (siehe z. B. Blockierung von Forschungsvorhaben) auswirkte, hinterlassen eine tiefrot negative politische Bilanz.

Die (rot-)grüne Landespflege erwies sich als Programm, Mehltau auf das Land zu legen. Soziale Rhetorik diente dazu, dem Wähler dieses Programm unterzujubeln. Das Land hat dabei viel Zeit verloren, im Bund dauert die politische Stagnation noch an.

Durch ausufernde Vorschriften – Auflagen, die jedes Augenmaß vermissen lassen – und durch teure, personalstarke Bürokratien (mit vielen tausend Stellen allein in Nordrhein-Westfalen) ist durch die abgewählte Regierung „klarer Kurs“ in den ökonomischen Abschwung des Landes gehalten worden – gleichgültig, ob man Vergleiche innerhalb oder außerhalb Deutschlands heranzieht.

Mit Grün konnte Rot in seinem Stammland die Macht sichern; sie hatten viel Zeit zu zeigen, ob sie das politische Geschäft beherrschen. Politik bedeutet, in einer realen Welt das Machbare, soweit es sinnvoll ist, und das Visionäre, soweit es machbar ist, zu bewerkstelligen. Wird sich das Land nochmals einen so langen Zeitabschnitt leisten können, in dem Machbares und Visionäres so wenig und so schiefastig realisiert werden wie unter der abgelaufenen Führung?

Wertvolle Zeit im Wettbewerb um zukunftsfähige Strukturen ist mit ideologischen Programmatiken verspielt worden. Zudem wurden die finanziellen Ressourcen, um vorzusorgen und das Land stark zu machen, verfrühstückt. Was bleibt, sind 110 Mrd. Euro Schulden (davon ein Drittel aus den letzten 5 Jahren), die künftigen Generationen aufgeladen werden.

Und immer noch glauben die abgewählten Parteien, die größere Kompetenz für das „Soziale“ zu besitzen, obwohl doch gerade der Verlust an sozialer Sicherheit ein hervorstechendes Merkmal ihrer Regierungszeit ist. – Vielen Menschen werden nicht zuletzt auch durch die im Ländervergleich schlechteren Bildungsergebnisse soziale Chancen im Leben genommen.

Blickt man auf die Wirkung zahlloser Maßnahmen aus den Jahren der rotgrünen Regierungszeit, so kann man durchaus von einer Art **De-Industrialisierungshilfe** sprechen. Im Unterschied zum Morgenthau-Plan, der nie zur Anwendung kam, erzeugte rotgrüne Politik tatsächliche Wirkung. Leider kann politisches Management nur durch Abwahl zur Rechenschaft gezogen werden – eine milde Sanktionsform, gemessen am gestifteten Schaden!

Nur eine dynamische Wirtschaft kann die Lasten eines ausgebauten Sozialstaats finanzieren. Rotgrüne Politik profiliert sich jedoch bevorzugt in der **Gängelung** wirtschaftlicher Entscheidungsabläufe. Der **Voluntarismus** rotgrüner Politik im Blick auf die Zumutungen für den Wirtschaftsmechanismus findet sich auch in der Außenpolitik der Bundesregierung. So wird ein „deutscher Sonderweg“ verfolgt, der angeblich der „Emanzipation deutscher Außenpolitik“ dient, in Wahrheit aber Abhängigkeiten neuer Art heraufbeschwört. Die kritiklose Haltung gegenüber Moskaus und Chinas Politik ist dafür ein Beispiel.

Für den nachfolgenden Hinweis wird an Schröders Wort über Putin – „lupenreiner Demokrat“ – erinnert. Diese Bezeichnung kontrastiert u.a. mit folgendem Beispiel, das abschließend aus aktuellem Anlass aufgeführt wird; es betrifft den Moskauer Schauprozess gegen den (durch Putins Justiz enteigneten und abgeurteilten) Inhaber des ehemals größten russischen Öl-Konzerns, Michail Chodorkowskij. Der Europa-Abgeordnete Milan Horacek hatte auf Einladung der Verteidiger Chodorkowskij's Gelegenheit, den Prozess während der Urteilsverkündung mitzuverfolgen. Über Horaceks Eindrücke berichtete u.a. die F.A.Z.; hier ein Auszug des Resümees:

Horacek, der als Häftling im kommunistischen Jugoslawien und in der Tschechoslowakei Gefängnisse und Militärgefängnisse kennengelernt hat, sagt, etwas derart Gespenstisches wie die Umstände der Moskauer Verhandlung habe er noch nie erlebt. „Das war kein Europa.“ Seine Begleiter erwiderten, derlei sei hier normal. Horacek wird in der nächsten Woche im Europaparlament seiner Fraktion und im Auswärtigen Ausschuß, dem er wie dem Menschenrechtsausschuß angehört, berichten. (zit. n. F.A.Z., 20.5.05, Nr. 115 / S. 6)

„**Das war kein Europa.**“ Dieser eindrucksvolle Satz wird – aufseiten der Bundesregierung – kaum gehört werden, wenn die Ausrichtung der Politik so ist wie unter der Richtlinienkompetenz Schröders.